

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Donnerstag
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreizeiliger Pettizelle Mk. 1, für die Zahlstellen 30 Pfg.

Die wirtschaftliche Neugestaltung.

Mit einer ungemeinen Schnelligkeit und Zielstrebigkeit hat sich in Deutschland auf politischem und militärischem Gebiete eine tiefgreifende revolutionäre Umwälzung vollzogen. Die alte Herrschaft ist gestürzt, und das deutsche Volk hat seine Geschichte selbst in die Hand genommen, der alte Unrat soll ausgefegt werden, um der neuen Entwicklung die Bahn zu ebnen. Und auch diesmal wird sich die Entwicklung von dem Umsturz zum Aufbau vollziehen, wie dies bisher stets der Fall gewesen ist, wo sich eine neue Weltordnung an die Stelle der bisherigen setzte: Das alte, unwohnlich gewordene Haus muß abgebrochen und in Trümmer gelegt und an seiner Stelle muß ein stolzer Neubau errichtet werden, in dem die Menschen ein wohlliches Obdach finden.

So hat sich die Sache auch bei uns abgespielt. Die auf dem Massenrecht beruhenden Einrichtungen sind unter dem Ansturm der Revolution in sich selbst zusammengebrochen, und ihre Träger, die Herrscher und deren Schützlinge, sind rücksichtslos beiseite geschoben worden. Nun kam es darauf an, neue Männer an ihre Stelle zu stellen, die das Volk mit seinem Vertrauen beehrt, und neue Einrichtungen zu schaffen, die dem Grundsatz des Rechts und der Gerechtigkeit entsprechen. Es gilt die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die bislang nur auf dem Papier stand, in die Wirklichkeit umzusetzen. Dazu bedarf es natürlich einer planmäßigen Tätigkeit, und dazu sind Männer und Frauen nötig, die Sachkunde und nüchternen Verstand mit Begeisterung und einem warmen Herzen verbinden. Die politische Neuordnung ist bereits überall in Deutschland in die Wege geleitet worden, und sie wird sicherlich ihren Fortgang nehmen und zum Ziele gelangen.

Neben der politischen Neuordnung der Dinge, die als das erste Ziel einer jeden sozialen Revolution überall deutlich in die Erscheinung tritt und deshalb am augenfälligsten wirkt, macht sich auch eine wirtschaftliche Neugestaltung notwendig. Nicht nur die rechtlichen Beziehungen der Menschen zueinander müssen auf eine neue Grundlage gestellt, sondern auch ihre wirtschaftlichen Beziehungen müssen von Grund auf geändert werden. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar; denn die politische Freiheit und rechtliche Gleichheit, die sich ein Volk errungen hat, müssen auf dem festen Untergrund einer wirtschaftlichen Freiheit und Gleichheit verankert sein, wenn sie Bestand haben sollen. Die Sozialgeschichte und auch die Erfahrung lehren uns, daß die politische Gleichberechtigung so lange in der Luft schwebt, wie sie nicht durch die wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleistet wird. Das hat uns ja die vorrevolutionäre kapitalistische Zeit mit großer Deutlichkeit gezeigt, daß nur der Mensch und die Gruppen imstande sind, von ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen, die sich auf ihre wirtschaftliche Macht zu stützen vermögen. Die Herrschaft der bevorrechteten Klassen beruhte stets auf der wirtschaftlichen Übermacht, und die Rechtlosigkeit der Unterdrückten war stets eine Folge ihrer wirtschaftlichen Ohnmacht. Aus diesem Grunde sind alle reinpolitischen Selbstbewegungen immer und überall gescheitert, weil die erkämpften Rechte nur Scheinrechte waren und der wirtschaftlichen Sicherung entbehrten. Darum ist es bei der sich vor unsern Augen vollziehenden Revolution vor allen Dingen notwendig, daß diese wirtschaftliche Grundlage geschaffen wird. Die deutsche Arbeiterklasse darf ihr Augenmerk nicht ausschließlich auf die politische Umwälzung richten, sie darf nicht wie hypnotisiert auf die politischen Errungenschaften harren, sie muß vielmehr so bald als möglich auch die Lösung der wirtschaftlichen Frage in Angriff nehmen. Die demokratische Republik muß zu einer auf der

wirtschaftlichen Gleichberechtigung gegründeten sozialen Republik ausgebaut werden.

Die zu erstrebende wirtschaftliche Neugestaltung hat sich außer auf die Fragen der Gütererzeugung und Güterverteilung besonders auch auf das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer zu erstrecken. Hier muß sich eine gründliche Umwälzung im Sinne des Sozialismus vollziehen. Die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise, die auf dem Grundsatz der persönlichen Freiheit und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, soll durch eine sozialistische Wirtschaftsweise ersetzt werden, die nach einem bestimmten Plane im Interesse der Gesundheit arbeitet und jedem Menschen, der seine Pflicht und Schuldig-

etwas Neues ins Leben zu rufen. Hinzu kommt dann noch, daß im Wirtschaftsleben das persönliche, eigene Interesse der Menschen oder Gruppen eine sehr wichtige Rolle spielt, und daß die Anhänger und Nutznießer des Kapitalismus der sozialistischen Neuordnung der Dinge im geheimen einen zähen, erbitterten Widerstand entgegensetzen. Zur Hindernisbeseitigung aller dieser Hindernisse sind Zeit und Geduld ein unbedingtes Erfordernis. Glücklicherweise besitzen wir in den Gewerkschaften und Genossenschaften wirtschaftliche Organisationen, die in den Dienst des Sozialismus gestellt werden und die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens wirksam unterstützen können. Die Mitarbeit dieser Organisationen kann nicht entbehrt werden; denn daß wir ohne eine planmäßige, zielbewusste Organisation unserer Volkswirtschaft auskommen könnten, glaubt doch kein vernünftiger Mensch. Insbesondere ist den Gewerkschaften steht eine ungemein wichtige Aufgabe auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Neuorientierung bevor, und die vielgeschmähten Gewerkschaftsführer werden sich als die tatkräftigsten Pioniere des Sozialismus erweisen.

Vorwärts in der Arbeit!

In den letzten Wochen wurden gegen 6000 neue Mitkämpfer gewonnen! Ein guter Erfolg! Aber noch sind Tausende anzuwerben und müssen hinein in unsere Reihen, wenn die Errungenschaften der Revolution auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete gesichert werden sollen. Erlahmt nicht in der Arbeit! Ruht nicht, ehe nicht der letzte Kollege und die letzte Kollegin uns gehören und im Verbands ihre Pflicht erfüllen!

Zeit hat, ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet. Der Privatkapitalismus warf dem Unternehmer auf Kosten seiner Lohnsklaven ungeheure Gewinne in den Schoß, die teils aufgezehrt, teils aufgespeichert wurden. Infolgedessen wurde die besitzende Klasse immer reicher und mächtiger, während die Arbeiterklasse nach wie vor einen beschränkten Anteil an den Gütern hatte, die uns Natur und Kultur bieten. Aus diesem Mißverhältnis zwischen Kapital und Arbeit entsprang das Massenelend, das unter der Herrschaft des Kapitalismus wohl eingebremst, aber niemals völlig beseitigt werden konnte. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, unser Wirtschaftsleben zu vergesellschaften, für alle Menschen gute Lebensbedingungen zu schaffen und auf diese Weise eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, die auf dem Gemeineigentum an allen Produktionsmitteln beruht.

Selbstverständlich kann sich diese wirtschaftliche und soziale Umgestaltung nicht von heute auf morgen vollziehen; sie bedarf vielmehr einer gründlichen und planmäßigen Arbeit und einer Ausnutzung aller verfügbaren Kräfte, was zweifellos geraume Zeit in Anspruch nimmt. Eine politische Revolution ist im günstigsten Falle das Werk weniger Stunden oder Tage, und die daraus entspringenden staatlichen Veränderungen lassen sich in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum vornehmen. Ganz anders verhält es sich mit der Umwandlung unserer kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische. Hier kommen so viele Einzelheiten und Sonderverhältnisse in Frage, hier gibt es so viele liebgewonnene Gewohnheiten und Bräute, so viele eingewurzelte Vorurteile und Mißstände, daß es nicht möglich ist, hier mit einem Schlag reinen Tisch zu machen und

Vorwärts in Berlin.

Seit Ausbruch der Revolution ist wieder neues, frisches Leben in Berlin eingezogen. Wie die junge Republik das Joch der Gemaltherrschaft abgeschüttelt hat, so ist mit dem frohen, freiheitlichen Zuge auch das Eis der Gleichgültigkeit unter unsern Kollegen und Kolleginnen in der Fabrikbranche geschmolzen.

Die Fabrik von Sarotti ging voran. In einer Betriebsversammlung, die durch eine Verhandlung der Kollegen Gehshold, Kassen und Wienjers beim Generaldirektor Hoffmann in der Kammer der neuen Fabrik in Tempelhof stattfinden konnte, war das Personal nach dem Vortrage Gehsholds mit großer Begeisterung für die neue Bewegung eingetreten. Die Organisation erfolgte fast bis auf den letzten Jugendlichen. Die Arbeiteraustausch- (Betriebsräte-) Wahlen fielen ohne Gegenliste zugunsten unserer Organisation aus. Der Tarifentwurf, den wir hier folgen lassen, wurde mit einer Begeisterung zum Beschluß erhoben, die uns erkennen läßt, daß hier die Organisation niemals wieder ausgetrotet werden kann. Die gewählten Vertrauensleute, die das Kassiersystem im Betrieb so vorzüglich ausgebaut haben und unter denen langjährige Organisierte ihren Traum, für den sie viele Jahre leiden und schweigen mußten, in Erfüllung sehen haben, haben dem vorgelegten Entwurf in seinen Hauptpunkten folgende Fassung gegeben:

Für die bei der Firma Sarotti, Schokoladen- und Kakaoindustrie, beschäftigten gewerblichen Gehilfen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wird mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und vermandter Verufe Deutschlands, Zahlstelle Berlin, folgende tarifliche Vereinbarung getroffen:

Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, einschließlich einer Essenspause von 30 Minuten. Sämtlichen Arbeiterinnen ist ein freier Sonnabendnachmittag zu gewähren.

Lohn. Beilegung jeglicher Akkordarbeit. Der Wochenmindestlohn beträgt: für Gehilfen M. 84, für Hilfsarbeiter M. 72, für Arbeiterinnen M. 42. Bisher gezahlte Löhne werden um mindestens M. 10 pro Woche erhöht. Wo durch diese Erhöhung der geforderte Wochenmindestlohn nicht erreicht wird, ist derselbe dementsprechend zu erhöhen.

Verantwortlichen Gehilfen, Arbeitern und Arbeiterinnen sind entsprechend höhere Löhne zu zahlen.

Überstunden und Sonntagsarbeit. Überstunden sind gänzlich zu vermeiden; wo sie durch besondere Notstandsmaßnahmen nicht zu umgehen sind, werden sie mit 25 pSt. Zuschlag zu den sich rechnerisch ergebenden Stundenlöhnen gezahlt. Diese Sätze sind auf 10/4 nach oben abzurunden.

Sonntagsarbeit ist gänzlich zu vermeiden; wo dieselbe sich zur Aufrechterhaltung des Betriebes oder aus sonstigen Notstandsmaßnahmen nicht umgehen läßt, wird sie nach den Überstundenätzen mit 50 pSt. Zuschlag bezahlt.

Lohnzahlung. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar Freitag; wenn der Freitag ein Feiertag ist, am vorhergehenden Wochentag.

Ferien. Sämtlichen unter diesen Tarifvertrag fallenden Gehilfen, Arbeitern und Arbeiterinnen werden in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September Sommerferien gewährt.

Die Ferien betragen bis zu fünfjähriger Beschäftigungsdauer eine Woche, bei 5 bis 10 Jahren 2 Wochen, bei 10 bis 15 Jahren 3 Wochen, bei über 15 Jahren 4 Wochen.

Die weiteren Punkte werden wir wiedergeben, wenn die Bewegung abgeklungen ist.

Nach 2 Tagen folgte der Betrieb von Stollwerck. In diesem Art eiten jeht in Berlin nur rund hundert Personen, während der Betrieb im Stammhause in Köln arbeitet.

Auch hier war eine Verhandlung mit dem Generaldirektor Laute, ebenso wie bei Sarotti, von Heschold und Wienjers vorausgegangen, die in allen Fragen eine Verständigung zeitigte, wobei jedoch schon bemerkbar wurde, daß die Fabrikanten sich verständigt hatten.

Wieder eine halbe Woche später folgte in ebenso eindrucksvoller Weise die Firma Gildebrand & Sohn. Hier ist die Beschäftigungszahl zurzeit etwa nur 500, während sie bei Sarotti auf über 800 steht; 400 traten sofort unserer Organisation bei, die übrigen folgen täglich und stündlich nach.

Die Arbeiterschaft des Betriebes war allerdings, ehe die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen konnten, noch gezwungen, in einen Abwehrstreik wegen Mafregelung zweier Kollegen einzutreten, über dessen Verlauf wir bereits in letzter Nummer berichteten. Er endete nach 2 Tagen mit nachstehender Vereinbarung.

Vereinbarung.

Am Montag, den 2. Dezember 1918 sind sämtliche in den Streit eingetretene Personen zum gewohnten Arbeitsbeginn wieder an ihren Arbeitsplätzen. Die beiden Entlassenen sind damit wieder eingestellt.

Ueber die Frage, ob Herr Dreisel bei der Entlassung der Weiden Recht oder Unrecht hatte, soll das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts als Schiedsgericht angerufen werden.

Der Achtundentag soll nach Verständigung mit den Behörden und Fabrikantenverbänden im Betriebe eingeführt werden.

Die Fragen der späteren Entlassung von Arbeitskräften sollen der Verständigung der am genannten Tage neugegründeten Vereinigung der Berliner Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten mit dem Verbands der Bäcker und Konditoren vorbehalten werden. Sollten vor dieser Verständigung Entlassungen notwendig werden, wird die Firma diese mit dem Verbands der Bäcker und Konditoren gemeinsam regeln.

In der Frage der Bezahlung des Lohnes für die beiden Streikende erklärt Herr Dreisel, daß er dafür mindestens nicht dagegen sei, jedoch in der Vereinigung der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten anfragen müsse, ob keinerlei Bedenken dagegen vorlägen.

Berlin, den 30. November 1918. (Unterschriften.)

Samenartig wählte sich die Bewegung in der Fabrikbranche dann von Betrieb zu Betrieb weiter. Die Arbeiterschaft der Firmen Schönburg, Merrens & Jänicke, Gebr. Wollgang, Weisenberg, Cyliar, John schlossen sich einmütig der Bewegung an und an jedem neuen Tag wurden von der Arbeiterschaft neue Versammlungen veranstaltet, die unsere Angehörigen sich in viele Teile hatten zerlegen müssen, um den Anforderungen auch nur teilweise gerecht zu werden.

Am 3. Dezember fand dann im Beisein des Verbandsvorstandes eine Vertrauenspersonen-Versammlung aller in der Fabrikbranche tätigen Mitglieder statt. Heschold referierte über die Bewegung insgesamt und über die am Vormittag desselben Tages mit den Fabrikanten begonnene Verhandlungen insbesondere. Er berichtete über die schönen Erfolge und wünschste den Anwesenden guten Fortgang des so hoffnungsvoll Begonnenen. Aus dem Gang der Verhandlungen konnte er auch berichten, daß die Fabrikanten ganz Groß-Berlins einen Arbeitgeber-Verband der Schokoladen- und Süßwaren-Industrie von Berlin und Umgegend gegründet haben, der eine Verhandlungskommission, bestehend aus den Herren Generaldirektor Hoffmann (Sarotti), Generaldirektor Laute und Direktor Junge (Stollwerck) und Herrn Jänicke (Merrens & Jänicke) eingeleitet habe. Die Verhandlungen fanden am 3. Dezember statt. In allen Fragen wurde Einmütigkeit der Auffassung festgehalten. Für Verhandlungen über den Tarif selbst in Gegenwart von Vertretern der Arbeiterschaft wurde der 6. Dezember festgesetzt. In die Verhandlungskommission wurden seitens der Vertrauensleute gewählt: Frieda Borchardt, Hedwig Witte, und die Kollegen Alex. Weisler und Ueberstadt. Nach der Sektionsvorstand wurde sofort eingeleitet, welcher aus den Kolleginnen Hedwig Witte, Frieda Borchardt, Anna Fiwet und den Kollegen Josef und Käppler besteht. Ordnungsgemäß wurde dann eine Reihe von gewerkschaftlichen Fragen sachgemäß so gut erörtert und erledigt, daß man glauben konnte, man habe es mit einer langjährig organisierten und geschulten Gruppe zu tun. Mancher hätte hier lernen können.

Die für den 6. Dezember angelegten Verhandlungen mit den Arbeitgebern erübrten kann allerdings noch einer Aufschub, weil inzwischen Beziehungen zwischen den Zentralvorständen der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeleitet worden waren.

Es geht also vorwärts auch in der Fabrikbranche. Ein Brävo anjstra jungen Pionieren in der Süßwarenindustrie. Sie werden bald mehr von sich hören lassen.

Auch unsere alten Mitglieder in der Bäckerbranche kehren mit dem zurückkehrenden Heere in hellen Panzen zur Organisation zurück. Willkommen in der Heimat! Lasst Kampffeld der Freiheit wird ihnen mehr zulagen als das ausgegrenzte Nordhandwerk für die Kapitalisten.

Ein ganz neues Feld erschließt sich in der Militärbäckerei, denn die neue Zeit des Koalitionsrechts brachte und die von diesem nun auch einen ausgiebigen und herzerfreudigsten Gebrauch machen.

Für die Militärbäckereien von Berlin, Spandau und Potsdam fand am Sonntag, den 1. Dezember, eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt. Heschold berichtete über die bisher unternommenen Schritte zur Durchführung der völligen Freistellung der Militärbäcker und ihrer Entlohnung. Auch in der Frage der eventuellen Einführung des Sechsstundentages wurden befriedigende Mitteilungen gemacht. Die Militärbäcker wählten sich dann ihre Vertrauensleute, die außerordentlich gut arbeiten. Der provisorische Sektionsvorstand besteht aus den Kollegen Karl Nieth und Max Götting.

Die Proviantbäcker von Berlin und Spandau haben sofort durch unsere Organisation Lohnforderungen gestellt. M. 120 pro Woche haben sie gefordert und im Provisorium auch schon bewilligt erhalten. Heschold verhandelt mit dem Kriegsministerium noch über den Abschluß eines Tarifvertrages. Mit Eifer haben unsere in den Proviantämtern tätigen Mitglieder die Organisierung der uns noch fernstehenden übernommen und dürften auch von dort 150 bis 200 neue Mitglieder gewonnen werden. Ueber die weitere Bewegung werden wir unsere Kollegen auf dem laufenden halten.

Taneben regen und rechen sich auch die Kollegen, die bisher aus allerhand Gründen uns fernstanden. Neuaufnahmen erfolgen täglich in einer von unsern Angestellten nicht mehr zu bewältigenden Weise.

Mit den reinen Konditoren ist auch bereits gute Verbindung geschaffen und findet am Dienstag, den 10. Dezember, im Gewerkschaftshause eine allgemeine Versammlung der Kollegen aus den Konditoreien Berlins statt. Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen sind ebenfalls in dieser Branche eingeleitet.

Unaufhaltsam geht es vorwärts ohne Maß und ohne Ruh. Ueber 1500 neue Mitkämpfer und -kämpferinnen sind seit Ausbruch der Revolution aufgenommen.

Berlin wird und will denen, die es im Kriege aus Unkenntnis der Verhältnisse scheinbar verkannten, zeigen, daß in ihm der Geist von 1904 bis 1911 nicht erstorben ist.

Für unsere Berliner Kollegen gilt es, keinen Augenblick auszuruhen auf verdieneten oder unverdienten Lorbeeren, sondern vorwärts mit unverminderter Energie. Noch fehlen viele Hilfskräfte, die das Errungene halten und ausbauen heißen. Viele gibt es noch in guten und sicheren Stellungen, die mithelfen können. Laßt Euch nicht erst durch die zurückkehrenden Soldaten aus dem Schlaf aufwecken, sondern schaffe jeder mit an dem Werk in aufopfernder Solidarität für unsere gesamten deutschen Kollegen. Carl Heschold.

Bewegungen der Konditorgehilfen.

In verschiedenen Großstädten sind nunmehr auch die Gehilfen aus den Konditoreien munter geworden und haben den Weg zur Organisation gefunden. In Hamburg waren am 30. November weit über 100 versammelt, um zunächst nach einem Referat des Kollegen Weidler eine Kommission zu wählen, die die aufzuzeilenden Forderungen auszuarbeiten sollte, um sie einer weiteren Versammlung zum endgültigen Beschluß vorlegen zu können. In Dresden hielt der dortige Gehilfenverein von 1872 am 5. Dezember eine von ungefähr 80 Kollegen besuchte Versammlung ab, in der zunächst Kollege Friedrich, Dresden, über die allgemeine Lage der Gehilfen und die Notwendigkeit, sie zu verbessern, sprach. Er führte aus, daß dies nicht auf dem bisherigen Wege, der von den Kollegen eingeschlagen wurde, sondern nur durch Anschluß an eine starke moderne Organisation zu erreichen sei. Seine Darlegungen fanden den lebhaftesten Beifall der Anwesenden. In der Diskussion beleuchteten die Kollegen Weidler (Hamburg) und Fiß (Leipzig), die aus anderem Anlaß in Dresden waren, die Verhältnisse in den Konditoreibetrieben früher und jetzt und die zurückgebliebene Lage der Arbeiterschaft nach allen Seiten. Aus den Reihen der Mitglieder des Vereins fanden sich ebenfalls Kollegen, die in wirkungsvoller Weise die Verhältnisse schilderten und zum Anschluß an den Verband aufzuforderten. Ein Meißner erkannte die Notwendigkeit von Verbesserungen an, glaubte aber nur den Gehilfenauschuß dazu berufen, mit den Meistern zu verhandeln. Ein älterer Gehilfe bewies durch seine Ausführungen, daß er zu den Elementen gehört, die Ursache haben, sich bei den Meistern liebfind zu machen. Auch in Dresden wurde eine Kommission gewählt, die die Forderungen aufzustellen hat, die durch die Organisation eingereicht und vertreten werden sollen. Beschlossen wurde vorher, daß sich alle Kollegen dem Zentralverbande anschließen haben. Der Aufforderung folgte die Mehrzahl sofort und wird in der nächsten Zusammenkunft des Vereins das Weitere veranlaßt werden.

Es geht also vorwärts auch unter den Gehilfen in den reinen Konditoreien! Wir sind überzeugt, daß sie jeht durch die Organisation auch bald zu ihrem vollen Rechte kommen werden, wenn sie tatkräftig für ihre Interessen weiterarbeiten.

Erfolgreiche Tarifbewegungen im Bezirk Magdeburg.

Mit der Magdeburger Bäckerzwangsinnung wurde ein Kollektivvertrag vereinbart, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in Bäckereien und Konditoreien im Innungsbezirk beschäftigten Bäcker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen regelt. Dadurch ist nun auch der Magdeburger Kollegenchaft das Mitbestimmungsrecht in gewerblichen Arbeitsverträgen gesichert. Sie wird nun jeht alles daransetzen müssen, daß die Vereinbarungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in allen Betrieben ab 15. Dezember verwirklicht werden. Um das zu erreichen, ist die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation für alle Pflicht.

Die Vereinbarungen lauten:

Kollektivvertrag

über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in Bäckereien und Konditoreien des Innungsbezirks Magdeburg beschäftigten Bäcker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, vereinbart zwischen der Bäckerzwangsinnung zu Magdeburg und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe Deutschlands, Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt.

Unter Anerkennung der Grundzüge, wie solche von den Zentralinstanzen der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und über die Abschließung von Kollektivverträgen festgesetzt sind,

tritt nachfolgende Vereinbarung für die Bäckereien des Innungsbezirks Magdeburg in Kraft.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit darf in allen Betrieben höchstens 8 Stunden betragen, die notwendigen Essenspausen sind einzurechnen. Nach 11 Uhr keine Besuche über das dauernde Nachbäckverbot.

2. Löhne. Der Mindestlohn beträgt: für Ausgelernte bis nach einem Jahr... M. 40,- pro Woche; Gefellen über 18 Jahre alt... „ 45,- „ „ „ erste Gefellen und solche in verantwortlicher Leitung... „ 50,- „ „

3. Höhere Löhne. Höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden; wo Kost und Logis verabfolgt wird, kann dafür der Satz in der Höhe von M. 20 wöchentlich vom Lohn in Abzug gebracht werden.

4. Zulagen. Für alle jeht bestehenden Löhne wird eine sofortige Zulage von M. 5 gewährt. Wo durch diese Zulage die Mindestlöhne nicht erreicht werden, wird die Zulage bis auf diese erhöht.

5. Ueberstunden. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden; wenn diese aber nicht zu umgehen sind, ist dafür ein Zuschlag von 25 p. H. zu bezahlen.

6. Lehrlingshaltung. Die Zahl der Lehrlinge ist in der Form einzuschränken, daß Betriebe ohne Gefellen nur einen Lehrling, solche mit zwei Gefellen, wenn diese dauernd beschäftigt werden, nur zwei Lehrlinge halten dürfen.

7. Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch das Arbeitsamt der Stadt Magdeburg. Von den Vertragschließenden wird dahin gewirkt, daß innerhalb dieses Nachweises berufliche Abteilungen errichtet werden.

8. Schlichtungsinnungen. Dieser Vertrag hat so lange Gültigkeit, bis andere Vereinbarungen abgeschlossen sind, er tritt mit dem 15. Dezember 1918 in Kraft. Differenzen sind bis zur Schaffung eines Tarifamts durch das Gewerbegericht als Einigungsamt zu schlichten.

Für den Zentralverband der Bäcker und Konditoren: Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Bezirksleitung Magdeburg, Große Mühlstraße 3. Telefon. M. Wille.

Für die Bäckerzwangsinnung zu Magdeburg: Geinr. Becker, Obermeister. (Stempel.)

Weiter wurde mit Herrn Direktor Meidhöfer in Schönebeck a. D. ein Tarif abgeschlossen für die Beschäftigten im Mitteldeutschen Kraftfutterwerk, nach welchem für einen Teil der Beschäftigten in der Bäckerei und Mühle die Pausen einschließlich der achtstündigen Arbeitszeit und für die übrigen ausschließlich gewährt werden. Der Wochenlohn beträgt für Bäcker, Geizer und Müller als Minimum M. 66, für Arbeiter über 16 Jahre je nach Alter M. 43,20 bis M. 54, für Arbeiterinnen über 16 Jahre M. 30. Die Ueberstunden werden mit einem Zuschlag von 25 p. H. bezahlt. Der Vertrag gilt solange wie der mit den Zentralinstanzen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossene Kollektivvertrag. Außerdem steht die Organisation mit dem Vorstand der Arbeitgebervereinigung in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie in Unterhandlungen. Die Beschäftigten im Bezirk sind also auf dem besten Wege, in allen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln.

Neue Verordnung über die Einrichtung von Arbeiter-Ausschüssen.

Auf eine Anfrage aus den Kreisen der Industrie, wie sich dieselbe zu verhalten hat gegenüber den Anordnungen der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte bezüglich der Einrichtung von Arbeiter-Ausschüssen, teilt das Reichsarbeitsamt durch Unterstaatssekretär Giesberts folgendes mit: Im Reichsarbeitsamt wird eine Verordnung ausgearbeitet, welche die Rechtsverbindlichkeit, Tarifverträge, das Einigungsamt über Arbeitsstreitigkeiten sowie die Bildung von Ausschüssen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben für das ganze Reich einheitlich regelt. Die Vorarbeiten für diese Verordnung sind nahezu abgeschlossen, so daß die Veröffentlichung in nächster Zeit zu erwarten ist. Es empfiehlt sich, bis dahin die Umbildungen und Neuwahlen von Arbeiterauschüssen zu unterlassen, auch wenn solche von den Arbeiter- und Soldatenräten, die nicht im Austrag der Reichsregierung handeln, angeordnet werden.

Auf einer Konferenz der Verbandsvorstände,

die am 3. Dezember in Berlin stattfand, verwahrten sich die Gewerkschaften gegen Uebergriffe der Arbeiterräte auf dem Wirtschaftsbereich. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erachtet in der von einzelnen Arbeiterräten versuchten Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ernste Gefahr sowohl für die deutsche Arbeiterklasse als für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeiterräte als politische Organe der Revolution sollten für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heranziehen, die in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben, die insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige unentbehrlich sind. Auch die Einrichtungen der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftliche Organisationsapparat, sind unerlässliche Vorbedingungen für eine tatkräftige Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse. Werden diese durch lokale Arbeiterräte oder durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Gesamtarbeiterchaft ersetzt, muß das zu einer Vahmlegung unserer Wirtschaftslebens und somit zur schwersten Schädigung sowohl der Arbeiter in der Heimat als auch der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten führen, die dann anstelle von Arbeitsverdienst und Brot, Arbeitslosigkeit und Not vorfinden. Auch die Errungenschaften der Revolution würden dadurch in Gefahr gebracht.

Die Konferenz appelliert daher an die organisierte Arbeiterklasse, der Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten. Die Gewerkschaften bieten nach wie vor die stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen.

Planmäßige Wirtschaft, das Gebot der Stunde.

Die Demobilisierung bringt uns ein übergroßes Heer Beschäftigungsloser. Alle Zwangsmaßnahmen, ihnen zu helfen, werden Fehlmassnahmen sein müssen, wenn sie nicht baldigt Arbeit erhalten. Es ist natürlich volkswirtschaftlicher Selbstmord, Hunderttausenden von Arbeitslosen geschaffene Werte zu opfern, statt sie in die Lage zu versetzen, schleunigt wieder neue Werte zu schaffen, zumal der Vorrat, aus dem wir schöpfen können, sehr klein geworden ist.

Wir müssen aus all diesen Gründen mit allem Nachdruck darauf hindrängen, daß wir planmäßig unsere Volkswirtschaft so schnell wie irgend möglich wieder in Gang setzen, daß wir wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt erscheinen können, daß wir wieder zu Kredit und unser Geld zu Wert gelangt. Wir müssen uns hüten vor plan- und maßlosen Experimenten, die eine franke und erholungsbedürftige Volkswirtschaft nicht vertragen kann.

Also planmäßige Wirtschaft tut not. Diese Planmäßigkeit hat mit dem Kleinsten zu beginnen. Auch hier heißt es, von unten auf, damit die Grundlage tragfähig ist. Jede einzelne wirtschaftliche Handlung ist darauf zu prüfen, ob sie in den Gesamtplan paßt. Für die Mitglieder der Gewerkschaften erheben sich dabei vor allem die zwei Fragen, die Beantwortung heißen: Planmäßiger Verkauf der Arbeitskraft und gleichermaßen geregelter Einkauf der Gebrauchsgüter. Niemand kann sich jetzt den Luxus gestatten, gewissermaßen neben der Volkswirtschaft herzulassen. Jeder gehört, bei Strafe schlimmer Schädigung des Ganzen, in den planmäßigen Rahmen unserer Wirtschaft. Woraus sich das absolute Maß ergibt: Jeder Arbeiter gehört in seine Gewerkschaft. Nur dort regelt er planmäßig den Verkauf seiner Arbeitskraft. Er gehört aber auch gleichermaßen zwingend in seine Konsumgenossenschaft, weil nur sie ihm den planmäßig geregelten Verbrauch sichert.

Befehl des Tarifrates

vom Zentralverband deutscher Konsumvereine am 6. Dezember.

Ausführungsbestimmungen zu § 1 der Abmachungen vom 4. Februar 1916.

Entlassen werden nach dem Dienstalter:

- A) Die an Stelle von Männern beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte, und zwar: 1. Frauen, deren Männer Arbeit haben; 2. Mädchen und Frauen, die niemand zu versorgen haben; 3. Mädchen und Frauen, die nur 1 bis 2 Personen zu versorgen haben; 4. Alle übrigen Mädchen und Frauen. B) Männliche Arbeitskräfte: 5. Ledige, die niemand zu versorgen haben; 6. Verheiratete ohne Kinder und Ledige, die Familienangehörige zu versorgen haben; 7. alle übrigen während des Krieges eingestellten Männer.

Zur Verhütung von Härten sind Ausnahmen zulässig, die mit den zuständigen Gewerkschaften zu vereinbaren sind. Bei der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer sind Verheiratete sowie Ledige, die Familienangehörige zu versorgen haben, in erster Linie zu berücksichtigen.

Sollten durch die vorstehenden Entlassungen die im § 1 der Abmachungen vom 4. Februar 1916 genannten Kriegsteilnehmer nicht vollständig wieder eingestellt werden können, so ist eine durch örtliche Verhandlungen für den einzelnen Beruf festzustellende, zeitlich begrenzte Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Bei diesen Verhandlungen soll auf die Verhältnisse des jeweiligen Genossenschaftsbetriebes möglichst Rücksicht genommen werden. Wird keine Einigung erzielt, so ist die Entsendung des Tarifrates anzufragen.

Abmachung betreffs Arbeitszeit in Bäckereien. Punkt 1 Absatz 1 des Tarifs, Arbeitszeit, erhält folgende Fassung:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt in allen Betrieben mit einer Schicht 8 Stunden, ausschließlich der Pausen, in allen übrigen Betrieben 8 Stunden, einschließlich 20 Minuten Essenspause. Arbeitszeit für das Transportgewerbe: Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, ausschließlich der Pausen.

Die Getreideproduktion Rumäniens.

Zu dem engen Anschluß Rumäniens an Deutschland ist es nicht gekommen, den die Anhänger des Gewaltfriedens im Osten planten; aber dennoch ist anzunehmen, daß sich in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Volksstaat und den Staaten des europäischen Südostens, wozu Rumänien gehört, ziemlich regen gestalten werden; namentlich in der Getreideversorgung Mitteleuropas wird Rumänien eine wichtige Rolle spielen. Kurz vor dem Kriege waren in Rumänien 5 001 041 ha mit Getreide bebaut; der Getreidebau beanspruchte 83,3 pZt. der gesamten Anbaufläche des Landes. Die wichtigsten Getreidearten sind Weizen und Mais, dann folgen in weitem Abstände Gerste, Roggen und Hafer. In den letzten Jahrzehnten nahm der Weizenanbau viel stärker zu als der Anbau von Mais, da nach diesem auf dem Weltmarkt weniger Nachfrage ist. Wenn aber durch

die Ungunst des Klimas in einem Jahre die Weizenerteigerföhr wird, so bietet der Anbau von Mais der Bevölkerung einen teilweisen Ausgleich für den Verlust. Ist die Anbaufläche von Winterweizen im Herbst beeinträchtigt worden, so können die unbenutzt gebliebenen Flächen im Frühjahr mit Mais bestellt werden.

Von 1866 bis 1913 gestalteten sich die Anbaufläche und die Ernteerträge des Weizens wie folgt:

Table with 5 columns: Jahr, Anbaufläche (ha), Zunahme in Prozenten (1866=100), Ernteerträge (hl), Zunahme in Prozenten (1866=100). Rows for years 1866, 1876, 1886, 1896, 1905, 1910, 1913.

Es hat sich also die Anbaufläche seit 1866 mehr als verdoppelt und die Ernteerträge haben sich fast verdreifacht, was auf einen größeren Fortschritt in der Ausnutzung des Bodens zurückzuführen ist. Eine weitere Steigerung der Gesamterträge durch eine größere Ausdehnung der Anbaufläche sowie durch eine intensivere Ausnutzung des Bodens ist in starkem Umfange möglich.

Im Jahre 1913 verteilte sich der Anbau von Weizen auf die einzelnen Gebiete wie folgt:

Table with 4 columns: Region, Anbaufläche (ha), Gesamtertrag (hl), Durchschnittlicher Ertrag auf 1 hl. Rows for Ebenen des Sereih u. Pruth, Hügelland der Moldau, Hügelland der Walachei, Ebenen an der Donau, Dobrudscha, and Zusammen.

Die Weizenproduktion ist mehr als jede andere Kulturart in der Donaubene konzentriert. Das hat eine Reihe von Ursachen. Diese Gebiete sind der Sitz der großen Latifundien, die aus wirtschaftlichen Gründen dem Weizenbau den Vorzug vor dem Maisbau geben. Klima und Bodenbeschaffenheit weisen zudem hier auf den Anbau des Weizens. Daß die günstigen Abjatzmöglichkeiten die Produktion längs der Donau begünstigen, mag auch erwähnt werden.

Wie Anbaufläche und Ernteerträge beim Mais seit 1866 zunahmen, zeigt die nächste Tabelle:

Table with 5 columns: Jahr, Anbaufläche (ha), Zunahme in Prozenten (1866=100), Ernteerträge (hl), Zunahme in Prozenten (1866=100). Rows for years 1866, 1876, 1886, 1896, 1905, 1910, 1913.

Da der Mais das Hauptnahrungsmittel der einheimischen Bevölkerung ist, so ist auch der Anbau über die einzelnen Gebiete mehr gleichmäßig verteilt als die Weizenkultur. Im Jahre 1913 gestaltete sich die Maisproduktion der verschiedenen geographischen Regionen wie folgt:

Table with 4 columns: Region, Anbaufläche (ha), Gesamtertrag (hl), Durchschnittlicher Ertrag auf 1 Hektar (hl). Rows for Ebenen des Sereih u. Pruth, Hügelland der Moldau, Hügelland der Walachei, Ebenen an der Donau, Dobrudscha, and Zusammen.

Nach der Okkupation des größten Teils von Rumänien durch die Mittelmächte wurden vom 1. Dezember 1916 bis 31. Dezember 1917 an Getreide, Futtermitteln und Deliszüchten, 1 577 744 t ausgeführt. Fast die Hälfte dieser Ausfuhr — 780 000 t — ging nach Oesterreich-Ungarn, während auf Deutschland 679 000 t entfielen. Der Rest war teils für Bulgarien, teils für die Türkei bestimmt. Einer Maisausfuhr von nur 227 522 t stand eine Weizenausfuhr von insgesamt 1 223 340 t gegenüber. Hiervon gingen nach Deutschland 477 443, nach Oesterreich-Ungarn 635 821 t.

Wer sich von der praktischen Bedeutung der erwähnten Ziffern ein anschauliches Bild verschaffen will, möge sich vergegenwärtigen, daß bei einer Durchschnittsernte von 250 g Getreide pro Kopf und Tag Deutschland im Jahre 1917 37 Tage, Oesterreich-Ungarn 57 Tage, das heißt fast 2 Monate des verfloffenen Jahres, ausschließlich von rumänischem Getreide gelebt hat.

Der gesamte Grundbesitz wurde für 1913 mit 7 826 769 ha angegeben. Er verteilte sich auf 965 047 Besitz. Auf den Kleinbesitz (bis 10 ha) entfielen 920 889 Besitze mit 3 153 645 ha. Das ergibt 95,4 pZt. der Besitze und 40,29 pZt. des Flächenraumes. Demgegenüber steht der Großgrundbesitz (Güter von über 500 ha) mit 2 998 966 ha und 2071 Besitz. Es werden also 33,26 pZt. des gesamten Flächenraumes von nur 0,23 pZt. der Gesamtzahl der ländlichen Besitze eingenommen.

Auf den Mittelbesitz von 10 bis 500 ha treffen nur 21,46 pZt. der Besitzfläche. Die Bauern hängen noch einer sehr primitiven Wirtschaftsweise an. Die Stallmistdüngung

* Südhof „Die rumänische Getreideproduktion“, S. 20. Bukarest 1917. ** Mann, „Kriegswirtschaft in Rumänien“, Bukarest 1918.

Ist fast unbekannt, und sie könnte auch nicht in beträchtlichem Umfange betrieben werden, da die Viehhaltung sehr beschränkt ist. Der Boden wird nur unvollkommen gelockert. Es herrscht auch keine richtige Auswahl des Saatgetreides und die modernen Methoden der Aussaat und Ernte sind den Bauern unbekannt. Der Großgrundbesitz bedient sich landwirtschaftlicher Maschinen, er greift auch bereits in geringem Umfange zur Düngung. Aber auch hier bleibt die Ausnutzung des Bodens noch weit hinter dem erforderlichen Maße zurück.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das Mitgliedsbuch Nr. 18 190, auf den Namen Hubert Schmalz lautend, eingetretten in Hamburg, vom 12. Januar 1911 bis Februar 1915 der ersten Woche bezahlt, ist von einem Wilhelm Deehs gestohlen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Verbandsvorstand. J. M. Josef Diermeier, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 2. bis 7. Dezember gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein:

Für November: Hamburg M. 4792,70, Landsberg a. d. Warthe 7,10, Marktredwitz 18,80, Forst i. d. L. 13,55, Jittau 33,30, Coburg 15,50, Kollos 51,05, Sagan-Sorau 51,60, Magdeburg 830,40, Hannover 1082, Duisburg 122,95, Lübeck 271,15, Bernburg 66,35, Limbach 70,10, Stendal 13,80, Spremberg 11,45.

Von Einzelnzahlern der Hauptkassa: D. G. (im Felde) M. 4, S. L. Prigwall 16,90.

Für Abonnements und Annoncen: Düsseldorf M. 4,20, Lübeck 3,30, Gesangsverein „Morgengrauen“, Berlin 6.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Limbach M. 8.

Der Hauptkassier. D. Freitag.

Sterbetafel.

Freiburg i. Br. Christine Pfeiffer. Magdeburg. Martha Kütz, Arbeiterin, 39 Jahre alt, am 30. November.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Dresden. Robert Wunderlich, am 2. Oktober gefallen.

Bezirk Essen a. d. R. Max Wichl (Eiberfeld), gestorben in einem Lazarett.

Bezirk Freiburg i. Br. Josef Winterhalter, gefallen.

Bezirk Mannheim. Josef Nikl, gefallen.

Bezirk München meldet als gefallen: Georg Kiermeier, 28 Jahre alt; Michael Betz, 41 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Lohnbewegung in Oberfeld. Am 24. November fand in Mischelhaus Saumzopf eine gut besuchte Brotfabrikbäcker-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die achtstündige Arbeitszeit in den Brotfabriken und die Lohnverhältnisse in denselben. Winter-Oberfeld schilderte, wie die Umwälzungen, welche in Deutschland vor sich gegangen sind, auch für unser Gewerbe von großer Bedeutung wurden. Der Achtstundentag, wofür wir jahrelang gestrebt und gearbeitet haben, sei nun plötzlich für alle Betriebe eingeführt worden. Winter ermahnte die Kollegen, das Erreichte nun auch weiter voll und ganz zur Ausführung zu bringen und darauf zu achten, daß diese Verordnung in keinem Betriebe durchbrochen werde. Durch den Achtstundentag wird uns auch die Möglichkeit gegeben, den aus dem Felde heimkehrenden Kollegen leichter wieder Arbeit zu verschaffen.

Dann berichtete Winter über die Lohnverhältnisse in den Brotfabriken und Bäckereien und stellte fest, daß der vor einigen Wochen mit den Brotfabrikanten abgeschlossene Tarif voll und ganz eingehalten wird. Es soll nun, weil die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern, abermals an die Brotfabrikanten herangetreten werden mit einer Eingabe um Erhöhung der außerhalb des Tarifs stehenden Feuerungszulage. Die Kollegen müssen jedoch, wenn diese Eingabe gemacht wird, alles daransetzen, daß auch der letzte Kollege dem Verbands beiträgt; alle müssen zu der Ueberzeugung kommen, daß nur durch unsere Organisation etwas zu erreichen sei.

Die anwesenden Nichtmitglieder ließen sich sämtlich in den Verband aufnehmen. Zum Schluß der wohlgeclungenen Versammlung erklärte der Referent noch, daß wir in Kürze auch nochmals an die Innungsbäckermeister herantreten werden, um mit denselben ebenfalls einen Tarif zum Abschluß zu bringen; aus diesem Grunde werde binnen kurzem wieder eine Versammlung einberufen werden.

Einkassierte in Wilhelmshaven. Mit den Bäckereibetrieben Hayenga, Högel und Folkerts wurde ein Tarif vereinbart, nach welchem die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause beträgt, ein Mindestlohn von M. 60 und für Schichtführer M. 75 festgesetzt wurde und pro Ueberstunde M. 1,50 zu bezahlen sind. Sollte während der Demobilmachung an den Sonntagen Arbeit notwendig sein, so muß diese mit 100 pZt. Zuschlag bezahlt werden. Bei ausbrechenden Differenzen sind diese unter Unterstützung des Bezirksleiters zu schlichten. D. B.

Stimmungen gelten bis zum 1. April 1919. Soffentlich gelangt es bald unserer Jahrsliste, die in den letzten Tagen von bedeutenden Mitgliederaufnahmen berichten konnte, daß ein allgemeiner Tarifvertrag mit der Innung auf dieser Grundlage zustande kommt.

Berlinabstimmungen in Dresden. Der für das gesamte Bäcker- und Konditorengewerbe in Groß-Dresden entstandene Demobilisierungsausschuß aus Vertretern unseres Verbandes, der Bäckereinnung, des Vereins der Brotfabrikanten und der Genossenschaften schloß sich untern Grundfragen an und bestimmte außerdem:

In Großbetrieben, Mühlen und Brotfabriken beträgt die Arbeitszeit inklusive der notwendigen Essenspausen sechs Stunden. An Stelle der zurzeit beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte sind männliche Gehilfen zu beschäftigen, wobei in erster Linie verheiratete Gehilfen zu berücksichtigen sind. Diese Bemerkung wird zweifellos dazu beitragen, daß die Arbeitslosigkeit der Bäcker auf ein Mindestmaß reduziert werden kann.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Flensburg. Am 2. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche, sehr gut besuchte Versammlung aller in den Bäckereien beschäftigten weiblichen und männlichen Personen statt. Es war mit Hochdruck gearbeitet worden und man sah viele Gesichter, die man in untern Versammlungen noch nie gesehen hatte. Der Referent, Kollege Pluffbaum-Siel, sprach über: „Die politische und wirtschaftliche Situation und welche Folgen entstehen daraus für uns als Mitglieder des Bäckerverbandes“. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise und behandelte die jüngsten Ereignisse im Deutschen Reich eingehend. Gegen Schluß seiner Ausführungen forderte er alle Organisationen auf, an dem Ausbau des Errichteten mitzuwirken, in erster Linie in den Verband einzutreten, damit wir auch auf wirtschaftlichem Gebiet bessere Lohnbedingungen erreichen können. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache an. Wir konnten in der Versammlung 16 Neuzugänge machen, die sich inzwischen schon auf reichlich 40 erhöht haben. Zum Schluß wurde noch eine Kommission von sechs Kollegen gewählt, welche zusammen mit der Ortsverwaltung des Verbandes einen Kommiß ausarbeiten und ihn der hiesigen Innung und der Großbetrieben vorlegen soll; zugleich soll die Kommission das Recht haben, jederzeit die Betriebe zu revidieren, so die gesetzlichen Bestimmungen, die sich aus dem Reichsgesetz, eingehalten werden.

Fabrikbranche.

Köln. Eine Betriebsversammlung der Hohenloheischen Fabrikantenvereine, welche von über 150 Personen, darunter zwei Drittel Frauen und Mädchen, besucht war, tagte am 29. November, abends 7 Uhr, im „Gahhaus zur Seige“, Seeliger Straße. Der Saal war überfüllt. Es referierte Genosse Haupt über: „Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse“, worin ihm reichlich Beifall zufließte. Die Versammlung war vom besten Geiste belebt und brachte 5 Neuzugänge. Alle übrigen hatten sich bereits im Laufe der vorhergehenden Tage als Mitglieder angenommen lassen, und haben wir diesen Erfolg der unermüdeten Arbeit des Arbeiterausschusses, insoweit dem Genossen Haupt, zu verdanken, denen auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen sei. Haben wir doch in diesem Betriebe bis heute bereits 276 Neuzugänge von circa 400 Beschäftigten, so daß bereits über drei Viertel der dort Beschäftigten organisiert sind. Soffentlich gelangt es, bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen auch in diesem Betriebe gute Erfolge zu erringen. Nach uns marischieren aber nun weiter vorwärts, Kollegen und Kolleginnen, nur dann wird uns eine bessere Zukunft.

Gesperheim a. d. R. (Sigrid Mannheim.) Am 28. November fand hier eine Versammlung für die in dem Betrieb Ludwig Beschäftigten statt. Nachdem ein überreicher Beifall, wohl in der üblichen Weise, der Versammlung Ausdruck zu sein, für Übermacht an diesem Tage sorgte, hatte die Versammlung einen sehr heißen Verlauf angenommen. Zunächst folgten die Anmerkungen der Beschäftigten des Kollegen Amann, der ihnen in eingehender Weise den Wert und die Wichtigkeit der Organisation vor Augen führte. Gespehnd wurde darauf hingewiesen, daß von als Lohnarbeiter mit den in den letzten Wochen erlangenen politischen Freiheiten allem nicht: Kapitalisten Amann, sondern daß wir auch verstehen müssen, welche wirtschaftlichen Stellen zu sein und zu haben. Soffentlich gelangt es, unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern, notwendig; denn auch wir haben ein Recht, in der Welt, einen mehr Geld und Wärme in unser Leben hineinzubringen. Schluß und hier wird der Referent den Anmerkungen nach, wie der einzelne Beschäftigte dem Unternehmen gegenübersteht, wie man durch Zusammenfassung aller in der Arbeiterklasse möglich ist, nämlich durch gemeinsame Bestrebungen zu erreichen. Gangehend wurden auch die Arbeiter und die bisherigen Erfolge der Gewerkschaften erwähnt. Dem Vorschlag, es den Anmerkungen gleich zu tun, die sich längst zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen an großen Verbänden zusammengeschlossen haben, leisteten die Anmerkungen dem einmütigen Wunsch in die Organisation Folge. Und schloß sie, alles in uns, um die nicht anerkennbaren Erfolge und Hoffnungen ebenfalls dem Verbands anzuschließen. Wenn der gute Geist, der diese Versammlung befehlte, auch weiterhin herrschend bleibt, dann wird der Arbeiterbewegung dieses Betriebes sicher manch schöner Erfolg zu beschieden sein.

Internationales.

Skandinavische Bäckerkonferenz.

In den Tagen vom 12. bis 14. November dieses Jahres tagte in Kopenhagen eine skandinavische Konferenz. Auf dieser Konferenz waren die skandinavischen Bäckerverbände vertreten sowie die skandinavische Sekretärin

Allmann nebst dem Vorsitzenden, Kollegen Josef Diermeier, des deutschen Bruderverbandes. Diese Konferenz war durch den Bäckerstreik in Kopenhagen veranlaßt; denn einzelne der führenden Kollegen in den andern skandinavischen Ländern hatten, ohne den dänischen Hauptvorstand zu fragen, in diesen Streit eingegriffen, und gegen dieses Verhalten hatte der dänische Hauptvorstand den zwei Verbänden ein Protestschreiben geschickt. Der Vorsitzende der skandinavischen Verbände hatte es dann ratsamer gefunden, eine Konferenz einzuberufen, um die Gegensätze auszugleichen.

Ueber dieses Thema, den Streik in Kopenhagen und die Vorgänge, welche sich da abgespielt haben, wurde in ernster Weise diskutiert; zuletzt aber einigte man sich in folgender Resolution:

„Die 9. skandinavische Bäckerkonferenz beschließt, daß in Zukunft in den skandinavischen Bruderverbänden genau wie zuvor ökonomische Urversitzung geleistet werde und daß keine Artikel über Konflikte in den Fachblättern vor Erscheinen des Berichtes vom betreffenden Verbande, in welchem der Konflikt stattfindet, aufgenommen werden dürfen. Ein solcher Bericht ist nach Ausbruch eines Konfliktes baldmöglichst den andern Verbänden zuzustellen.“

Ueber den Standpunkt der Organisationen wurde von den Vorsitzenden der verschiedenen Länder berichtet. Die Berichte werden dem deutschen Fachblatte,

Das alte Jahr geht zu Ende! In allen Ortsverwaltungen ist jetzt eine gewissenhafte Kontrolle der Mitgliedsbücher oder Karten vorzunehmen. Das Verbandsbuch oder die Karte müssen unbedingt völlig geordnet ins neue Jahr hinübergenommen werden. Das ist auch besonders von den neuen Mitgliedern zu beachten; sie müssen von vornherein dazu angehalten werden, die Beitragsmarken regelmäßig jede Woche zu kleben.

welches jetzt wieder im Auslande erscheint, zugeschickt, sie müssen aber in vollständiger Form erscheinen; denn die Berichte von den skandinavischen Ländern sind dieses Jahr nicht im deutschen Fachblatte veröffentlicht worden. Sie stecken wohl im Papierkorb des alten Regimes Deutschlands.

Josef Diermeier stattete den Bericht von Deutschland ab. Außer der Uebersicht über die Verhältnisse im deutschen Bäckerverbande berichtete er über die Maßnahmen, welche schon mit Rücksicht auf die Kriegsbeendigung getroffen waren. Es wurde mit großem Interesse von den skandinavischen Kollegen aufgenommen, daß er über die revolutionäre Umwälzung in Deutschland redete. Mit Erstaunen erließen die Kollegen, daß man auch schon in Deutschland mit den gewerkschaftlichen Maßnahmen für die Demobilisierung weit fortgeschritten sei.

Oskar Allmann berichtete über die internationale Bäckervereinigung. Leider ist es die letzte Zeit nicht möglich gewesen, die Verbindungen zwischen den Landesverbänden anzuknüpfen; alle Versuche in dieser Beziehung sind durch die Zensur gescheitert. Nach der Kriegsbeendigung muß alles versucht werden, um die zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen, und man muß versuchen, durch Vertreter der andern Verbände die von dem Kriege zerstörten Landesverbände wieder zu errichten. Mit Rücksicht auf diese Arbeit und weil Allmann nicht mehr Vorsitzender des deutschen Verbandes ist, wurde folgende Resolution angenommen:

„Da die Verhältnisse des deutschen Bäckerverbandes in der kommenden Zeit in der Weise sich gestalten könnten, daß er nicht in der Lage sein wird, Allmann als internationalen Sekretär zu honorieren, bevollmächtigt die Konferenz den Kollegen Allmann, sein Gehalt bis zum internationalen Kongreß von der Kasse der Internationalen zu beziehen. Der Kollege Stigstedt wird gebeten, die Bäckerverbände der andern Länder um ihren Anschluß zu ersuchen.“

Sozialpolitisches.

Erweiterung der Krankenversicherungspflicht. Die Arbeitsversicherungsgesetzgebung steht bei Betriebsbeamten und ähnlichen Angestellten, Handlungs- und Apothekergehilfen, Lehrern, Erziehern, Bühnen- und Orchestermitgliedern sowie Schiffen eine Höchstgrenze des jährlichen Einkommens vor, über die hinaus sie der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen. Diese Grenze, die jetzt M 2500 beträgt, erweitert sich bei den gewöhnlichen Dienstverhältnissen als durchaus unzureichend. Eine Erweiterung des Rates der Volksbeauftragten legt sie daher bis auf weiteres auf M 5000 heraus. Gleichzeitig wird die erst durch die Arbeitsversicherungsgesetzgebung eingeführte Höchstgrenze des jährlichen Gesamtinkommens von M 4000 herauf, über die hinaus eine freiwillige Selbstversicherung und Krankenversicherung bei den Krankenkassen nicht fortbewahren durfte. Die neue Verordnung ist am 1. Dezember 1918 in Kraft getreten. Für den Zeitraum während des Krieges infolge des Herabreitens der

angegebenen Höchstgrenzen aus ihren Klassen ausgeschlossen sind, können sich binnen 6 Wochen nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften zur weiteren freiwilligen Versicherung bei ihrer Krankenkasse melden. Die inzwischen trotz des Herabreitens der Höchstgrenzen tatsächlich fortgesetzte Mitgliedschaft soll nachträglich nicht mehr angefochten werden. Die Wieder- oder Neuarbeitungsverpflichtungen sind von ihren Arbeitgebern rechtzeitig bei der Kasse anzumelden; doch ist die erstmalige Melddfrist bis zum achten Tage nach dem 2. Dezember dieses Jahres verlängert worden.

Achtung!

Alle für Nr. 31 unseres Organes bestimmten Einblendungen müssen der Weihnachtsfeierstage wegen **Sonnabend, den 21. Dezember,** in unseren Händen sein. Die Redaktion.

Spätestens am 14. Dezember ist der 51. Wochenbeitrag für 1918 (15. bis 21. Dezember) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Donnerstag, 19. Dezember: Halle a. d. S.: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sara 42/44.

Anzeigen.

[M. 4,50] **Nachruf.**
Gefallen sind die Mitglieder **Josef Nikl** und **Josef Winterhalter.**
Gestorben ist das Mitglied **Christine Pfeiffer.**
Wir werden denselben ein treues Andenken bewahren. **Jahrsliste Freiburg i. Br.**

[M. 4,20] **Nachruf.**
Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder **Gr. Kiermeier** 28 Jahre alt, und **Michael Betz** 41 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen **Die Jahrsliste München.**

Kaffee-Ersatz Ia. in 1-Pfd.-Pack. Genehm. Preis M. 4.— d. Pfd. Postpack. M. 32.— fr. Nachm. **Speise-Gelatine** Ia. gem., kg M. 15.— [M. 5] **Oskar Köhler sen., Steinheid (S.-Mein.).**

Ia. Holz-Streumehl
à Zentner M. 17 mit Zutsack, bei 10 Zentnern à Zentner M. 16 inklusive Sack, bei 100 Zentnern à Zentner M. 14 inklusive Sack, ab Station Leipzig empfehlen **Liebing & Co., m. b. H.** [M. 6] Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstr. 8. Tel. 2290.

30 Zigarren
je 5 Stück à 30, 40, 50, 60, 75 und 100 Pfennig zur Probe, feine bis feinste Qualitäten, Mk. 12.— franko Nachnahme in geeigneten Geschenkboxen. **Ernst Wenke & Co.,** Bremen 102. Gegründet 1893.

„Rucherrutsch“
bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probetilo M. 7,50, von 5 kg an à M. 7.— Sehr zu empfehlen! **Liebing & Co., G. m. b. H.,** Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstraße 8. Telefon 2290.